

17.55

Abgeordneter Gabriel Obernosterer (ÖVP): Herr Präsident! Herr Bundesminister! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr verehrten Damen und Herren auf der Galerie und zu Hause vor den Fernsehschirmen! Auch ich spreche wie mein Vorredner von der Freiheitlichen Partei zu Tagesordnungspunkt 5. Es geht darum, die Internationale Entwicklungsorganisation IDA mit Geld zu bestücken.

Noch einmal kurz zusammengefasst: Wir haben gesehen, was im letzten Jahr an Flüchtlingsströmen zustande gekommen ist. Es hat hier in diesem Haus ein klares Bekenntnis gegeben, wir haben gesagt: Wir müssen versuchen, vor Ort zu helfen, damit sich die Menschen nicht in Bewegung setzen und aus ihren Heimatländern in unsere Länder wandern.

Dazu muss man dann auch stehen, wenn man weiß, dass das der Fall ist, und wenn man weiß, dass ein Flüchtling, wenn er bei uns in Österreich ist, mehr kostet. Unten in den Entwicklungsländern kann man damit, was er heroben bei uns kostet, das Zehnfache erreichen. Das ist viel Geld, das ist überhaupt keine Frage.

Wir wissen aber auch, dass die IDA 52 Milliarden € von 2014 bis 2017 in Projekte hineinsteckt, um unten Entwicklung dahin gehend voranzutreiben, dass sich die Menschen aus diesen Ländern nicht in unsere Richtung bewegen, sondern dass sie einfach vor Ort bleiben.

Ich gehe weiter zu Tagesordnungspunkt 6: Es geht um das Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Regierung der Kirgisischen Republik. Da geht es einfach um ein Abkommen, hauptsächlich im Sinne unserer Betriebe, die dort investieren, damit diese Rechtssicherheit haben. Wir wissen, Österreich hat mit fast allen Ländern solche Abkommen, mit der Kirgisischen Republik hat es das bis jetzt noch nicht gegeben.

Das ist zwar kein starker Wirtschaftspartner, aber man muss bedenken, dass Österreich in die Kirgisische Republik 43 Mal mehr exportiert, als von dort importiert wird. Das ist ein Markt, der auszubauen ist. Da sind unsere Betriebe zu unterstützen, zumindest einmal mit der Rechtssicherheit, dass dort, wo das noch nicht so läuft wie bei uns, alles im Griff ist.

Wie wichtig Rechtssicherheit ist, kann ich heute auch als Kärntner sagen. Herr Finanzminister, ich möchte mich als Kärntner für die heutige Lösung bedanken. Das hat uns Kärntnern gutgetan, wieder zu wissen, wie es in der Zukunft planmäßig

weitergeht. Die Insolvenz ist vom Tisch. Ich weiß, dass das viel Geld kostet, den Steuerzahler viel Geld kostet.

Herr Finanzminister, ich habe mir heute alle Aussendungen aus Kärnten und auch aus diesem Hohen Haus angeschaut. Herr Ragger, freiheitliches Regierungsmitglied in Kärnten, hat diese Entscheidung begrüßt und hat gesagt, es ist gut, dass diese Insolvenz vom Tisch ist, weil das Kärnten und der Republik viel Schaden erspart hat.

Es gibt aber auch den Finanzsprecher der Freiheitlichen Partei, der im Nationalrat sitzt, aber momentan nicht anwesend ist. Dessen Aussendung möchte ich nicht kommentieren, denn man weiß, wer in Kärnten von 1999 bis 2013 den Landeshauptmann gestellt hat, den Finanzminister gestellt hat, wer damals politisch verantwortlich war, auch verantwortlich für dieses Hypo-Desaster. Ich bin froh, dass es diesen Hypo-Untersuchungsausschuss gibt, dessen Bericht wir im Herbst hier diskutieren werden, wo wir aufgrund des unabhängigen Verfahrensrichters und Verfahrensanwalts ganz klar werden sagen können, wer die politische Verantwortung für das größte Desaster in dieser Republik trägt und daran schuld ist.

Herr Haider, diese Aussendung, die Sie heute rausgelassen haben, hätten Sie sich sparen können. Schämen Sie sich dafür! *(Beifall bei der ÖVP und bei Abgeordneten der SPÖ. – Zwischenruf des Abg. Haider.)*

Wie gesagt, Herr Finanzminister, danke für die Regelung, wir können wieder klar und geplant in die Zukunft schauen. Ich weiß, was die Republik an Milliarden hineingebracht hat, der österreichische Steuerzahler, wir wissen auch, was die Bayern das gekostet hat, aber wir wissen auch, was die Kärntner das bis jetzt gekostet hat.

Kärnten hat beim Verkauf 800 Millionen € bekommen, zirka 160 Millionen € an Haftungsprovisionen; das ist eine Einnahme von knapp einer Milliarde Euro.

1,2 Milliarden € gibt jetzt Kärnten dazu, und jetzt können wir uns ausrechnen, wo der große Schaden ist. Das Problem von Kärnten ist nur, dass diese 960 Millionen € leider nicht mehr vorhanden sind und wir das jetzt über Reformen wieder in den Griff bekommen müssen, weil das Geld von 1999 bis 2013, unter freiheitlicher Verantwortung, verschwunden ist, wohin auch immer. – Danke vielmals. *(Beifall bei der ÖVP und bei Abgeordneten der SPÖ sowie des Abg. Köchl.)*

18.00

Präsident Karlheinz Kopf: Nächster Redner: Herr Abgeordneter Mag. Kogler. – Bitte.